

**Isabelle Stadelmann-Steffen**, Prof. Dr., ist Professorin für Vergleichende Politik am Institut für Politikwissenschaft der Universität Bern. Ihre Forschungsinteressen liegen in den Bereichen der öffentlichen Politik (u. a. Wohlfahrtsstaatspolitik und Energiepolitik), der direkten Demokratie sowie der politischen Verhaltens- und Einstellungsforschung. In ihren laufenden Forschungsprojekten bearbeitet sie nicht zuletzt die Schnittstellen zwischen diesen Schwerpunkten. So untersucht sie beispielsweise, wie Politikinhalt etwa in der Familienpolitik und der Energiepolitik die politischen Präferenzen der Bürgerinnen und Bürger beeinflussen.

*Die hier geäußerte Meinung muss nicht der Auffassung der Redaktion oder der Universitätsleitung entsprechen.*



Bild: René Ruis

## Corona- und Klimapolitik gleichen sich an

*Isabelle Stadelmann-Steffen*

Im Frühjahr 2020 überrollte Covid-19 die Welt und lief damit der Klimakrise in der öffentlichen Debatte den Rang ab. Als Regierungen mit raschen und einschneidenden Massnahmen reagierten, sah ich mich in meinen wissenschaftlichen Erkenntnissen, und den vieler Kolleginnen und Kollegen, bestätigt: Staatliche Massnahmen gegen die Klimaerwärmung sind deshalb politisch so schwierig umsetzbar, weil das Kosten-Nutzen-Verhältnis ungünstig erscheint.

So verursachen die Massnahmen oft unmittelbare und sichtbare Kosten, etwa Steuern oder Verbote, während der Nutzen in Form eines «besseren» Klimas erst in der

### **«Eigenverantwortung bringt keine Kontrolle über die Krise.»**

Isabelle Stadelmann-Steffen

Zukunft liegt. Der Handlungsbedarf ist für die meisten (noch) nicht spürbar. Die Bevölkerung – und manche Politikerin, mancher Politiker – ist deshalb oft nicht bereit, effektive, kostenbehaftete Massnahmen in der Klimapolitik mitzutragen. Die Pandemie schien nun im Umkehrschluss das perfekte Beispiel dafür zu sein, dass eine höhere Betroffenheit und Sichtbarkeit des Problems die Bereitschaft von Regierungen und Bevölkerung für griffige Massnahmen zur Krisenbekämpfung erhöhen.

Nach rund einem Jahr Pandemie bestehen die strukturellen Unterschiede zwischen

der Covid-19- und der Klimakrise weiterhin: Regierungen ergreifen Massnahmen zur Eindämmung des Virus, währenddessen vielerorts Massnahmen zur Erreichung der Ziele des Paris-Abkommens noch immer auf sich warten lassen. Dennoch bin ich der Ansicht, dass sich vor allem der gesellschaftliche und politische Umgang mit den beiden Krisen je länger desto mehr angleicht.

Eine erste Gemeinsamkeit ist, dass uns die Eigenverantwortung – die primär von bürgerlichen Parteien in beiden Krisen als zu präferierende Lösung gegenüber staatlicher Regulierung gesehen wird – keine Kontrolle über die Krise bringt. Wissenschaftliche Studien zur Klimapolitik legen dies seit Längerem nahe. In der Pandemie und insbesondere in der Schweiz schien es zunächst, als könnte mit dem Aufruf zur Eigenverantwortung einiges gewonnen werden – bereits der Aufruf zu Abstand und Hygienemassnahmen liess den R-Wert im Frühjahr 2020 sinken. Inzwischen wirken Appelle an die Eigenverantwortung jedoch nur noch bedingt, wie etwa das Mobilitäts-Monitoring aufzeigt.

Damit verbunden kann als zweite Gemeinsamkeit der zwei globalen Krisen ein Kollektivversagen identifiziert werden. Je länger die Pandemie andauert, desto mehr lassen sich ähnliche Trends im individuellen Verhalten beobachten, wie dies in der Klimakrise längst der Fall ist: Die Inkaufnahme von individuellen Einschränkungen zugunsten des gesellschaftlichen Ziels ist nur bei einem Teil der Bevölkerung vorhanden – Trittbrettfahren ist eine attraktive Strategie. Auch in der Pandemie sind die Kosten der Massnahmen zur Problembekämpfung für viele direkter spürbar als ihr Nutzen. Natürlich ist die Pandemie immer noch viel unmittelbarer «da» als die

Klimaerwärmung. Jedoch sind es in erster Linie die Restriktionen, also die Kosten, die sehr gut sicht- und fühlbar sind, während vom eigentlichen Problem, der Krankheit, nach wie vor eine Minderheit direkt betroffen ist.

Schliesslich die dritte Gemeinsamkeit: In beiden Krisen braucht es offensichtlich staatliche Massnahmen – und diese wirken nur, wenn sie von der Bevölkerung mitgetragen werden. Sicherlich können Parteien und Regierung hier einiges dazu beitragen, indem sie mit breit abgestützten Lösungen vorangehen. Gleichzeitig braucht es aber gerade in der Klimakrise einen weiteren Ruck in der Bevölkerung, um nicht nur grün zu wählen, wie dies in den letzten Jahren immer mehr gemacht haben, sondern auch konkrete persönliche Kosten und Einschränkungen in Kauf zu nehmen.

Hier sehe ich ein Potenzial, von der Pandemie für die Klimakrise zu lernen, indem wir den wesentlichen Unterschied zwischen den beiden Krisen nutzen: Bei Covid-19 geht alles viel schneller als beim Klima. Die Früchte erfolgreicher Pandemiebekämpfung zeigen sich schon nach wenigen Wochen in sinkenden Fallzahlen. Umgekehrt werden die Folgen von Trittbrettfahren und Kollektivversagen rasch mit vielen Neuansteckungen sichtbar. Vielleicht lässt sich ja genau dieses Beispiel in der öffentlichen Debatte nutzen, um der Bevölkerung die Dynamiken und Mechanismen in der gesellschaftlichen Krisenbewältigung vor Augen zu führen, die bisher ein rascheres Handeln in der Klimafrage verhindert haben.

#### **Kontakt**

*Prof. Dr. Isabelle Stadelmann-Steffen,  
Institut für Politikwissenschaft,  
isabelle.stadelmann@ipw.unibe.ch*